



1. Gedenken am 9. November

Der 9. November ist ein denkwürdiger Tag in der deutschen Geschichte. Deshalb haben wir an diesem Freitag im Plenum eine Gedenkstunde gehalten: Wir haben an den Mauerfall 1989, an die Reichspogromnacht vor 80 Jahren sowie an die Ausrufung der Republik 1918 erinnert. Ebenso jährt sich dieses Jahr das Ende des 1. Weltkriegs zum 100. Mal.

Mit dem 9. November verbinden wir erschütternde und tragische, aber auch prägende Ereignisse in unserer Geschichte. Die Schrecken der Reichspogromnacht, die als ein sichtbarer Vorbote der gewaltsamen Verfolgung und späteren Vernichtung der jüdischen Bevölkerung gilt, dürfen wir ebenso wenig vergessen wie die Geschehnisse des 1. Weltkriegs.

Dagegen stehen die Ereignisse des 9. November 1989 als glücklicher Moment in der deutschen Geschichte. Mit dem Fall der Berliner Mauer und der Öffnung des Eisernen Vorhangs begann die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in einem geeinten Europa. Auch heute gilt mehr

denn je, diese gewonnene Einheit zu schätzen und sie zu wahren.

2. Informationen zum UN-Migrationspakt

In den letzten Wochen haben mich zahlreiche Zuschriften zum UN-Migrationspakt erreicht. Dieses Thema wird gerade kontrovers diskutiert. Ich unterstütze den UN-Migrationspakt, denn er ist ein wichtiger Schritt um mit den globalen Migrationsprozessen umzugehen. Die Vereinten Nationen (VN) unterscheiden zwischen Flüchtlinge und Migranten. Für die Flüchtlinge gibt es einen eigenen Pakt.

Nach Angaben der VN gibt es weltweit rund 258 Mio. Migranten. Die meisten von ihnen migrieren über sichere, geordnete und reguläre Wege. Das sind beispielsweise Bauarbeiter in Katar oder philippinische Hausmädchen. Migration wird weltweit tendenziell zunehmen. Ihre Steuerung ist eine der dringendsten Herausforderungen multilateraler Politik. Bei dem Migrationspakt geht es darum, legale Migration effektiv und zum Nutzen von Herkunfts-, Transit- und Zielländern zu steuern und irreguläre Migration zu vermeiden.

Hier ist internationale Zusammenarbeit notwendig.

Ziel der Regierungen, die den Pakt verhandelt haben, ist es, Migration, die auf irreguläre Weise geschieht, durch verbesserte internationale Zusammenarbeit zu vermeiden. Negative strukturelle Faktoren in Herkunftsländern sollen minimiert, die Schleusung von Migranten und der Menschenhandel grenzüberschreitend bekämpft, das Management an nationalen Grenzen besser koordiniert werden, um irreguläre Migration zu verhindern. Reguläre Migration hingegen, an der aufgrund von vielerorts bestehenden demographischen Realitäten und arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen ein Bedarf besteht, soll fair ausgestaltet werden.

Der Anspruch des Paktes ist, dass die unterzeichnenden Staaten eine gemeinsame Absicht zum Umgang mit Migration definieren und die Ziele für Standards für den Umgang mit Migranten festschreiben. Ein Beispiel für einheitliche Standards ist zum Beispiel die Frage des Zugangs zur Gesundheitsversorgung von Migranten. Dieser Zugang ist bisher nicht in allen Ländern vorgeschrieben. Indem wir durch den Pakt die Standards vereinheitlichen, können wir den Migrationsdruck vermindern und weitere Länder als Zielländer in den Fokus rücken.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Stephan Harbarth MdB hat diese Woche eine Rede im Plenum gehalten, die einen sehr guten Überblick über die Argumente gibt.

Das Video zur Rede finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen die Fragen und Antworten liefern finden Sie unter:

- <https://www.cducsu.de/spezial/faktencheck-un-migrationspakt>

3. Gespräch mit äthiopischen Bischof

Diese Woche hatte ich ein Gespräch mit Bischof Abba Tesfaselassie Medhin, der seit 2001 Bischof der katholischen Diözese Adigrat in Äthiopien ist. Bischof Medhin hat über die aktuelle Situation und den Friedensprozess zwischen Äthiopien und Eritrea informiert und eine positive Zwischenbilanz gezogen. Nach vielen Jahrzehnten des Bürgerkrieges und einer folgenden Feindschaft zwischen Äthiopien und Eritrea kam es nun zu einer Anerkennung der Grenzen durch den neu gewählten äthiopischen Regierungschef. Es sei sehr erfreulich, dass sich beide Länder wieder annähern. Auch das Miteinander der verschiedenen Religionen funktioniere gut. Der Bischof appellierte allerdings auch an die internationale Gemeinschaft, sich weiterhin im Friedensprozess zu engagieren, damit würde auch die Motivation der Bevölkerung auszuwandern gesenkt.



Bischof Medhin und Markus Grübel. (Foto: MIK)

4. Empfang der evangelischen Landeskirchen

Beim parlamentarischen Empfang der evangelischen Landeskirchen in der Landesvertretung Baden-Württemberg habe ich mich mit Bischöfen und Vertretern der evangelischen Landeskirchen darüber ausgetauscht was unsere Gesellschaft zusammenhält. Hierfür sehe ich einen verpflichtenden Gemeinschaftsdienst als ein geeignetes Instrument.



Markus Grübel in der Diskussionsrunde. (Foto: MG)

5. Gespräch mit der Vonovia SE

Im Gespräch mit Rolf Buch, dem Vorstandsvorsitzenden des Wohnungsunternehmens Vonovia SE, ging es um die Erhöhung der Mietpreise nach erfolgten energetischen Sanierungen in Mietwohnungen. Nach Modernisierungsarbeiten kam es in Esslingen zum Beispiel zu einer Erhöhung der Mieten von 10 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter auf 14 Euro. Dem steht eine

Energieeinsparung von 50 Euro entgegen. Es werden zum Beispiel 18 Jahre alte Fenster mit brauchbarem Dämmwert ausgetauscht.

Politisch muss alles dafür getan werden, die Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Maßnahmen zu schützen und ihnen weiterhin ein Leben in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Ich fordere die Vonovia SE und andere Wohnungsgesellschaften deshalb auf, ihrer Verpflichtung aus dem Grundgesetz zu einem sozialverträglichen Umgang mit ihrem Eigentum nachzukommen und nur verträgliche Mieterhöhungen umzusetzen.

Bei diesem Thema bleibe ich am Ball und werde auch weiterhin mit der Vonovia SE im Austausch stehen.

Zahl der Woche

4,9

Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Punkte auf 4,9 Prozent und ist damit in diesem Jahr auf einem neuen Tiefstand. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Oktober gegenüber dem Vormonat um 53 000 auf 2,204 Millionen Menschen gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren es 185 000 Jobsuchende weniger, das teilte die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg mit.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!